

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltsrede 2025/2026 in der Gemeinderatssitzung am 9. April 2025

von Julian Sanwald, Stadtrat und haushaltspolitischer Sprecher der
Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

+++ Es gilt das gesprochene Wort +++

Gemeinsam in schwierigen Zeiten – sozial, nachhaltig, zukunftsfähig!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeitende der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

vor kurzem stieß ich beim Lesen des Klassikers “Haben oder Sein” von Erich Fromm auf ein Zitat, das mich – angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage – sehr berührt hat. Fromm zitiert darin die Rede von Albert Schweitzer zur Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahr 1951. Schweitzer beschreibt eine Menschheit, die zwar übermächtig geworden ist, aber deren Vernunft sich nicht weiterentwickelt hat. Ich zitiere sinngemäß:

“Wagen wir es, die Dinge zu sehen, wie sie sind: Der Mensch ist durch seine Macht ein Übermensch geworden – aber ohne übermenschliche Vernunft. Die Folge: Mit dem Wachsen seiner Macht ist der Mensch zunehmend zum armseligen Menschen geworden. Wo übermenschliche Macht auf fehlende Vernunft trifft, da wird der Mensch zum Unmenschen”.

Diese Worte stammen aus einer Zeit, in der die Welt gerade zwei verheerende Weltkriege hinter sich hatte, doch klingen sie wie eine präzise Analyse der Gegenwart. Denn wir erleben gerade erneut, wie technologische Macht, ideologischer Fanatismus und politische Verantwortungslosigkeit sich zu einer gefährlichen Mischung verbinden.

In Europa herrscht Krieg. Seit nun mehr als drei Jahren führt Russland, getrieben durch die (Über-)Machtphantasien von Wladimir Putin, einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Täglich sterben unschuldige Zivilisten, Frauen und Kinder. Krankenhäuser, Schulen, sogar Kinderspielplätze werden bombardiert. Auch wenn die Bilder bis heute nur schwer zu ertragen sind, müssen wir uns als Europäerinnen und Europäer der Realität stellen, dass wir einer imperialistischen postmodernen Neo-Diktatur gegenüberstehen, die vor nichts Halt machen wird. Ich kann nur jede Partei, die der Meinung ist, Deutschland müsse als Reaktion auf die russische Aggression wieder “friedens-tüchtig werden”, an das Massaker von Butscha erinnern, ein brutaler Massenmord an der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Richten wir nun aber den Blick Richtung Westen. Seit der Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten droht die alte liberale Weltordnung, deren Kern das transatlantische Bündnis zwischen Europa und den USA war, zu erodieren. Die demokratische und politische Kultur in den USA wird in einem rasanten Tempo umgekrempelt. Grundrechte, diplomatische Gepflogenheiten, die Freiheit der Wissenschaft, ja sogar völkerrechtlich bindende Landesgrenzen scheinen nicht mehr respektiert zu werden.

Begonnen hat dieser Verfall mit der Relativierung der Wahrheit. Politische Entscheidungen, auch wenn man sich über Ziele und Wege uneinig sein mag, lassen sich nur auf dem Fundament einer gemeinsamen Wahrheit, die auf der Anerkennung einer geteilten, beobachtbaren Realität basiert, diskutieren. Wird diese Wirklichkeit geleugnet, werden Fehler folgenlos und Konsequenzen obsolet, dann und ich zitiere den Journalisten Jeffrey Goldberg, welcher an der Signal-Affäre beteiligt war, habe wir es mit nicht weniger als "reckless behavior", rücksichtslosem Verhalten und gefährlichen Machtdemonstrationen zu tun.

Die renommierte Yale-Professorin Marci Shore verlässt gemeinsam mit ihrem Mann, einem der international führenden Faschismusforscher, die USA und flüchtet nach Kanada. Ihre Begründung ist ein eindringlicher Appell an unsere Zeit: "Mein Auftrag als Wissenschaftlerin ist es, den Menschen das Denken beizubringen, der Faschismus verfolgt das Gegenteil". Insbesondere wir in Heidelberg, Ort der ältesten Universität Deutschlands und einer langen wissenschaftlichen Tradition, tragen Verantwortung. Wir müssen in dieser Zeit sichtbar und hörbar solidarisch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beistehen, deren Freiheit und Integrität unter Druck geraten. "Semper apertus – immer offen", das Motto unserer Universität steht nicht nur für Weltoffenheit, sondern auch für die Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen, Diskussionen und Entwicklungen – es steht für Innovation und damit für die Gestaltung der Zukunft.

Schauen wir der Realität ins Auge: Europa scheint zunehmend politisch und militärisch auf sich alleine gestellt zu sein. Was die größte Herausforderung seit Ende des Kalten Krieges darstellt, ist zugleich eine historische Chance: Die Chance, als geeintes Europa unsere liberale und demokratische Ordnung aktiv zu behaupten und enger zusammenzustehen. Denn möglicherweise, so hart es klingen mag, sind wir als Europäer und Europäerinnen die letzte große Bastion freiheitlicher Gesellschaften. Umso dringlicher müssen wir als Europa stärker zusammenwachsen, getragen von unseren gemeinsamen Werten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit, Toleranz und Pluralismus.

Wir müssen anerkennen, wer diese humanistischen Werte ernst nimmt, darf sich nicht passiv verhalten, wenn dieser von innen und außen bedroht werden. Wer die Idee der Humanität verteidigen will, muss bereit sein, sich übermächtigen und unvernünftigen Akteuren entgegenzustellen. Der Philosoph Walter Benjamin bringt es in einem Text zum naiven Pazifismus treffend auf den Punkt: "Wer aber vom Frieden redet, darf vom Krieg nicht schweigen." Mündend auch in der Frage nicht nur, wie wir uns verteidigen, sondern auch, wofür wir es tun und unter welchen Bedingungen.

Auch wirtschaftlich befinden wir uns in schweren Zeiten. Seit Ende der 2010er-Jahre befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Phase der Stagnation. Zugleich erleben wir mit dem rasanten Fortschritt generativer Künstlicher Intelligenz die wohl tiefgreifendste Industrielle Revolution unserer Zeit – mit weitreichenden Auswirkungen nicht nur für die Industrie und Wirtschaft, sondern auf sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft. Gerade in diesem Zukunftsfeld dürfen Deutschland und Europa nicht den Anschluss an Amerika und Asien verlieren.

Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Die Klimakrise ist auch keine ferne Bedrohung mehr – sie wird längst zur Realität. Investitionen in den Klimaschutz sind daher unerlässlich: Sie verbessern unsere Lebensqualität, stärken die Resilienz gegenüber den Klimafolgen und schützen unsere Umwelt für kommende Generationen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mir war diese geopolitische Einordnung an dieser Stelle von hoher Wichtigkeit, da deren Auswirkungen auf Bundes-, Landes- und Stadtebene durchschlagen.

Wir stehen vor einer der größten Herausforderungen unserer Stadtpolitik der letzten Jahre. Der kommende Doppelhaushalt 2025/2026 steht unter sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, deren Gründe zum Teil auch in den oben genannten Sachverhalten liegen. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf von Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner zeigt unmissverständlich: Die finanzielle Lage Heidelbergs hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Ein Defizit von 180 Millionen Euro, davon mindestens 70 Millionen Kassenkredite, wird uns zu schmerzhaften Entscheidungen zwingen.

Oberstes Ziel dieser Haushaltsberatungen muss sein, zu verhindern, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe unseren Haushalt nicht genehmigt, weil das Defizit aus Einnahmen und Ausgaben zu hoch ist. Es geht um die Autonomie und die finanzielle Eigenständigkeit unserer Stadt. Eine Haushaltssperre hätte langfristig negative Auswirkungen auf unsere Infrastruktur, unsere Wirtschaft und unsere Lebensqualität.

Alle freiwilligen Aufgaben, die im Prozess jahrelanger politischer Diskussionen mit unserer Bürgerschaft und im Gemeinderat entstanden sind, wären in Gefahr. Kulturförderungen, Zuschüsse an Vereine, Sportangebote und soziale Projekte stünden auf der Kippe oder müssten erheblich gekürzt werden. Daher ist es uns an dieser Stelle wichtig ein Zeichen zu setzen: Auch wenn die finanziellen Schwierigkeiten größtenteils auf multifaktorielle Krisen und Entscheidungen von Bund und Ländern zurückzuführen sind, sind wir bereit, einen Prozess zur Konsolidierung des städtischen Haushalts verantwortungsvoll zu starten.

Daher darf ich an dieser Stelle einen gemeinsamen Leitantrag fast aller demokratischen Parteien dieses Gemeinderates einbringen. Vielen Dank an die CDU, die SPD, HiB/Volt, FDP/FW und die GAL:

Gemeinsam in schwierigen Zeiten – sozial, nachhaltig, zukunftsfähig!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Verwaltung,

wir erkennen an, dass die Konsolidierung des städtischen Haushaltes über die nächsten zwei Jahre hinausgeht, wir müssen in der mittelfristigen Finanzplanung wieder auf einen stabilen Pfad kommen. Dies erfordert eine vertrauensvolle, transparente und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, dem Oberbürgermeister, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, der Kämmerei und dem Gemeinderat. Lassen Sie uns in schwierigen Zeiten, als demokratische Kräfte, die notwendigen Entscheidungen gemeinsam treffen, um Heidelberg in Zukunft finanziell solide aufzustellen und wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und ökologische Verantwortung in Einklang zu bringen.

Wir sind bereit für einen gemeinsamen und parteiübergreifenden Prozess!

Gleichzeitig bleiben unsere Ziele als Grünen-Fraktion hierbei klar: Wir lassen nicht zu, dass gespart wird auf dem Rücken derer, die es am meisten brauchen. Wir wissen, dass Einsparungen notwendig sind, aber wir setzen klare Prioritäten: Wir sparen nicht auf dem Rücken der Menschen mit niedrigem Einkommen, nicht bei Kindern, Jugendlichen und Familien, nicht bei der sozialen Infrastruktur unserer Stadt. Wir setzen uns ein für einen sozialen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Haushalt, der den Menschen in Heidelberg zugutekommt.

Nicht nur Heidelberg, sondern die meisten Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland stehen vor einem großen Investitionsstau und finanziellen Engpässen. Wir appellieren an die künftige Bundesregierung, sicherzustellen, dass die Mittel aus dem neuen Sondervermögen gezielt und direkt bei den Kommunen ankommen und dort effektiv eingesetzt werden. Auch das Land sehen wir hierbei in der Pflicht, die bürokratischen Hürden möglichst gering zu halten.

Zunächst möchten wir die Arbeit der Stadtverwaltung und insbesondere der Kämmerei würdigen. In diesen schwierigen Zeiten ist es eine gewaltige Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen, der die finanziellen Realitäten widerspiegelt und zugleich den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Vielen Dank für Ihre Arbeit an Sie alle, die damit befasst waren! Auch an Sie, Herr Oberbürgermeister.

Doch Ihr Entwurf kann uns noch nicht zufriedenstellen. Ein Haushaltsdefizit von über 180 Millionen Euro stellt uns als Gemeinderat vor enorme Herausforderungen. Es ist auch Ihre Aufgabe, einen tragfähigen und genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und uns als Gemeinderat kontinuierlich einzubinden.

Stattdessen stellen wir nun unsere Änderungsanträge, basierend auf einem Haushaltsentwurf auf dem Stand von Ende Dezember, während wir auf notwendige Aktualisierungen bis Mai warten müssen. Das ist eine Zumutung für uns als

ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte, die gewissenhaft und verantwortungsvoll arbeiten möchten. An dieser Stelle wollen wir anregen, über eine zukünftige Neugestaltung dieses Prozesses nachzudenken.

Es kann nicht Aufgabe des Gemeinderats sein, mittels Rotstift den Haushaltsplan so zurechtstutzen, dass das Regierungspräsidium ihn genehmigen kann. Ein Oberbürgermeister muss in Krisenzeiten Verantwortung übernehmen, Lösungen aufzeigen und entschlossen vorangehen. Wir brauchen ein größeres Maß an Klarheit und Transparenz, mehr Kommunikation und Orientierung. Gerade in schweren Zeiten braucht es Vertrauen untereinander und einen klaren Kompass. Wir wünschen uns an dieser Stelle mehr Kooperation und Verantwortungsübernahme, Herr Würzner.

Doch wir erwarten von Ihnen nicht nur Sparvorgaben, sondern auch mutige Ideen für zusätzliche Einnahmen, für Effizienzsteigerungen und eine echte Zukunftsstrategie für unsere Stadt. Es bedarf womöglich umfassender Verwaltungsstrukturreformen zur Verschlankung und Optimierung von Bürokratieprozessen.

Ja, wir müssen sparen – aber mit Augenmaß und sozialer Verantwortung! Wir werden den Haushaltsplan kritisch begleiten, Härten abfedern und nach Lösungen suchen, die Heidelberg nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig stärken. Uns ist klar, dass dieser Sparhaushalt nur der Einstieg in einen längeren Konsolidierungsprozess sein kann und regen an, dies mit externer unabhängiger Begleitung zu tun.

Trotz aller Herausforderungen: Wir lassen uns nicht entmutigen. Unser Anspruch bleibt unverändert: Heidelberg soll für alle lebenswert sein. Wir stehen für eine Stadt, die sich um alle Menschen kümmert – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder besonderen Bedarfen. Denn für uns steht fest: Eine Stadt ist nur so stark wie ihr sozialer Zusammenhalt. Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen dürfen nicht als reine „Kostentreiber“ gesehen werden. Dennoch sehen wir an dieser Stelle auch das Prinzip der Konnexität: Der Bund muss für die Kosten, die durch seine Gesetzgebung entstehen, aufkommen. Wir als Kommune können das dauerhaft allein nicht leisten.

Miteinander stärken – Ehrenamt und soziale Infrastruktur sichern!

Unsere Sozialen Träger, die unverzichtbare Arbeit für Heidelberg leisten, verdienen Respekt und Planungssicherheit. Sie leisten wertvolle Dienste, die die Stadt allein weder finanziell noch strukturell in gleicher Qualität stemmen könnte. Kürzungen, die effiziente soziale Strukturen und Angebote gefährden, sind für uns nicht akzeptabel. Wir haben in den letzten Monaten wöchentlich mehrere Gespräche mit den verschiedensten Sozialen Dienstleistern geführt und sind angesichts der Komplexität zu dem Schluss gekommen, dass eine Steuerung allein über einzelne Änderungsanträge dieser Herausforderung nicht gerecht wird.

Stattdessen haben wir nun ein Sozial-Budget eingestellt und würden hierzu gerne einen gemeinsamen Prozess mit den zuständigen Amtsleitungen, Frau

Bürgermeisterin Jansen und den Sozialpolitikern und -politikerinnen starten. Ziel muss sein, auszuloten, wo finanzielle Engpässe wirklich zu Angebotseinschränkungen führen und wie wir unsere soziale Infrastruktur zukunftsfähig aufstellen können. Innerhalb dieses Prozesses ist uns eine Diskussion über die Umsetzung der bereits beschlossenen Finanzierung der vier Frauenhausplätze besonders wichtig.

Einen weiteren elementaren Baustein unserer sozialen Infrastruktur, den Kitt unserer Stadtgesellschaft, stellen die vielfältigen Vereine und das unersetzliche Ehrenamt unserer Bürger und Bürgerinnen dar. Dies wissen wir besonders zu schätzen. Es gilt insbesondere die Strukturen zu stärken und zu erhalten, die durch ehrenamtliche Arbeit einen unschätzbaren Beitrag für unsere Stadtgesellschaft liefern. Vereine bieten einen Ort des Austausches oder der sportlichen Betätigung, fungieren als Sprachrohr der Stadtteile, erhalten Kultur und Brauchtum und ermöglichen erst die zahlreichen Feste jedes Jahr in unserer Stadt. Wir werden uns als grüne Fraktion daher für den Erhalt der Stadtteilbudgets einsetzen und ganz besonders Institutionen mit viel ehrenamtlichen Engagement im Blick haben.

Mein persönlicher Dank gebührt an dieser Stelle dem Sportkreis, der sich angesichts der aktuellen Haushaltslage direkt bereit erklärt hat, ohne weitere Erhöhungen in den nächsten zwei Jahren auszukommen. Und das möchte ich als angehender Psychologe an dieser Stelle auch noch sagen: Sport und aktive gemeinschaftliche Betätigung haben nicht nur positive Auswirkungen auf die körperliche, sondern auch auf die mentale Gesundheit.

Lassen Sie uns in Zukunft mentale Gesundheit, Sport und Kultur stärker zusammen denken. Wie hat es Jonas Müller, Gewinner des diesjährigen Musikpreises der deutschen Wirtschaft, am Wochenende beim Finalkonzert in der Neuen Universität formuliert: "Musik als Trost im Unglück". Wir setzen uns dafür ein, dass das Thema Mentale Gesundheit, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Studierenden, einen höheren Stellenwert bekommt.

Für starke Schulen und Kitas – gute Bildung braucht gute Ausstattung und faire Gebühren!

Trotz aller Sparzwänge setzen wir klare Prioritäten: Bildung und Bildungsgerechtigkeit dürfen nicht unter Kürzungen leiden. Deshalb kämpfen wir für den Erhalt der Schulsozialarbeit, die vollständige und rechtzeitige Auszahlung der Schulbetriebsmittel und die dringend notwendigen Sanierungen unserer Schulen. Hierfür erscheint uns der Ansatz der Verwaltung mit abnehmenden Mitteln 2026 deutlich zu knapp. Dem Sanierungsstau an unseren Schulen können wir doch nicht mit Mittelkürzungen begegnen! Wir müssen die Strukturen in den Schulen schaffen, die für das Erlernen von 21st Century Skills notwendig sind. Gleichzeitig dürfen wir aber auch die Grundausstattungen, wie funktionierende Schultoiletten oder moderne digitale Geräte, nicht aus den Augen verlieren. Kinder und deren Bildung sind unsere Zukunft!

Faire Kita-Gebühren – wir haben den Protest der Eltern bezüglich der Erhöhung der Kita-Gebühren und dem Wegfall der Geschwisterermäßigungen deutlich vernommen.

Wir verstehen das – auch wir halten den Vorschlag der Stadtverwaltung für nicht gerecht. Durch eine gerechte und solidarische Neustrukturierung der Beitragsstufen einschließlich der Einführung einer zusätzlichen Einkommensstufe für Familien mit sehr hohem Einkommen, wollen wir mehr soziale Ausgewogenheit gewährleisten und die Lasten besser verteilen. Wir setzen uns gegen den kompletten Wegfall der Geschwisterermäßigung und gegen eine Erhöhung der Kita-Gebühren ein.

ÖPNV erhalten und Radwege ausbauen – Mobilität für alle statt Kürzungen!

Die bisher beschlossenen Kürzungen des ÖPNV-Angebots stellen einige Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt vor Herausforderungen. Wir werden die Angebotsänderungen kritisch begleiten und im Zweifel nachsteuern. Mit uns wird es keine weiteren Kürzungen beim ÖPNV-Angebot geben. Die alte Buslinie 32 hat für Studierende und Mitarbeitende des Uniklinikums eine zentrale Bedeutung, wir setzen uns daher für die Wiederherstellung dieser wichtigen Linie ein. Für eine autoarme Kernstadt braucht es einen verlässlichen ÖPNV und gut ausgebaute Radwege. Die Umsetzung der Radstrategie 2030 und damit mehr Sicherheit und Attraktivität des Radverkehrs hat für uns eine hohe Priorität. Mit einem Ausbau der Geschwindigkeits- und Parkraumüberwachung wollen wir für mehr Sicherheit sorgen und die Einnahmesituation der Stadt verbessern.

Kulturelle Vielfalt bewahren – für ein lebendiges Heidelberg!

Insbesondere in finanziell schwierigen Zeiten wird schnell der Rotstift bei der Kultur angesetzt. Kultur ist jedoch nicht nur Luxus, sondern auch zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Kulturelle Angebote schaffen öffentliche Begegnungsorte, in denen unterschiedlichste Menschen zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam Erlebnisse teilen. Zu einem dieser Orte gehört auch unser Karlstorbahnhof, welcher letztes Jahr für sein vielfältiges Angebot am neuen Standort direkt mit dem größten bundesweiten Programmpreis “Applaus” ausgezeichnet wurde.

Orte wie dieser stärken das soziale Miteinander und den demokratischen Diskurs. Dabei entstehen nicht nur künstlerische Impulse, sondern auch wertvolle Beiträge zum gesellschaftlichen Miteinander. Eine starke und freie Kulturszene ist somit auch ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir begleiten den Prozess zur Europäischen Kulturhauptstadt unter Einbindung der gesamten Stadtgesellschaft konstruktiv und sehen darin die Chance für neue Impulse und das Sichtbarmachen der breiten Facette unserer Kulturlandschaft.

Das vielfältige kulturelle Angebot unserer Stadt sucht seinesgleichen. Dennoch müssen wir angesichts der Haushaltslage verantwortungsvoll handeln und können nicht allen Mehrbedarfen gerecht werden. Deshalb setzen wir auf ein durchdachtes Maßnahmenpaket: Anstelle vieler einzelner Förderungen soll ein zentraler Etat geschaffen werden, der gezielt und in enger Abstimmung zwischen den Expertinnen und Experten in der Stadtverwaltung, unseren Kulturpolitikerinnen und -politiker und mit den Kulturschaffenden eingesetzt wird, um Grundstrukturen zu schaffen, Synergien

zu nutzen, die Zusammenarbeit zu fördern und Angebote für junge Menschen zu stärken. So sichern wir Heidelbergs kulturelle Vielfalt und stärken diese nachhaltig.

Theater Heidelberg – kulturelle Strahlkraft mit Verantwortung!

Gerade unser Theater steht beispielhaft für diese Rolle: Mit guter künstlerischer Arbeit, mutigen Inszenierungen und einem vielfältigen Programm begeistert es das Publikum weit über die Stadtgrenzen hinaus. Auch dank der besonderen Leitung unseres Intendanten Holger Schultze. Wir wissen um die immense Bedeutung des Theaters für unsere Stadt und sind dankbar, dass es bereit ist, einen Beitrag zur Konsolidierung unseres Haushaltes zu leisten. Wir schätzen die Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein des Theaters für die gesamte Stadtgesellschaft. Wir sind überzeugt, dass ein eigener Konsolidierungsprozess des Theaters mit externer Beratung ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung unseres Theaterbetriebs ist – auch in zukünftigen Haushalten.

Bauen und Wohnen – Gemeinwohl stärken!

Heidelberg braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Für unsere Stadtgesellschaft wird dies immer wichtiger, da weiterhin Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GGH bleibt dabei die wichtigste Akteurin und macht eine sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit. Wir werden die GGH weiterhin gezielt bei der Umsetzung der Strategie 2035 unterstützen. Die GGH muss in der Lage sein, Grundstücke und Gebäude zu erwerben und zu entwickeln. Nur so kann sie ihren Wohnungsbestand kontinuierlich erhöhen und den Weg zum klimaneutralen Wohnungsunternehmen beschreiten.

Mit der Ergänzung des Förderprogramms Junges Wohnen im Hinblick auf gemeinschaftlich genutzte Flächen stärken wir soziale Wohnformen und ein gutes Miteinander. Gleichzeitig ist es wichtig, dass wir auch den Bestand nicht aus dem Blick verlieren. Eine langfristige Finanzierungsstrategie für die energetische Sanierung städtischer Immobilien fehlt bislang.

Innovations- und Wirtschaftsstandort: Potential nutzen und ausbauen!

Heidelberg hat weiterhin großes Potential als starker Innovations- und Wirtschaftsstandort. Wir setzen auf eine gezielte Wirtschaftsförderung, die speziell Gründerinnen und Gründer und Start-ups aus den Bereichen Biotech, Life Sciences und Künstliche Intelligenz (KI) anspricht. Zentral sind durchdachte Konzepte und eine gute Zusammenarbeit bei Planung und Förderung, die Unternehmen langfristig an unseren Standort binden und gleichzeitig neue Perspektiven schaffen.

Wir plädieren dafür, den Hebesatz für die Gewerbesteuer stabil zu halten und nicht abzusenken. Mit den Einnahmen aus der Gewerbesteuer – konkret 1 Million Euro pro Jahr – soll eine zukunftsorientierte Vergabestrategie entwickelt werden, die den Weg

für eine erfolgreiche Unternehmensansiedlung und -bindung ebnet. Das Ziel: Mittel- und langfristig die Ansiedlung von innovativen Unternehmen und Start-ups zu fördern und damit nicht nur die wirtschaftliche Vielfalt Heidelbergs zu stärken, sondern auch die Gewerbesteuererinnahmen nachhaltig zu erhöhen. Heidelberg soll so zu einem noch attraktiveren Standort für zukunftsweisende Branchen werden und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung einer starken, stabilen Gesamtwirtschaft.

Wir begrüßen die Einführung einer Tourismusabgabe als sinnvolle Maßnahme und möchten uns herzlich bei Mathias Schiemer, Geschäftsführer von Heidelberg Marketing, für seinen wertvollen Vorschlag bedanken. Ebenso danken wir der Hotellerie und dem Verband Dehoga für die konstruktiven Gespräche. Wir sind der Meinung, dass die Einführung einer Tourismusabgabe in Höhe von 4,50 € pro Nacht und pro Person ab 18 Jahren gerechtfertigt ist. Für preiswerte Unterkünfte, wie Jugendherbergen und Campingplätze, schlagen wir einen ermäßigten Satz von 2,50 € vor. Familien mit Kindern werden dadurch nicht allzu stark belastet. Darüber hinaus sollen alle weiteren Möglichkeiten einer Abgabe für den Tagestourismus (z.B. Reisebusse und Schiffe) geprüft werden, um die Lasten fairer zu verteilen.

Klimaschutz – Investitionen in die Zukunft!

Ich möchte jetzt über ein Thema sprechen, das nicht am Ende steht, weil es unwichtig ist – sondern weil es im Gedächtnis bleiben soll: der Klimaschutz. Wenn wir hier sparen oder verzögern, haben wir später mehrfache Kosten. Daher müssen wir hier nachhaltig denken und entschlossen den eingeschlagenen Weg weitergehen.

Wir werden im Rahmen des Doppelhaushalts darauf achten, dass die vorgesehenen Mittel für Stadtbegrünung und Klimaanpassung nicht gekürzt werden. Durch Entsiegelung, Begrünung und durch Baumpflanzungen soll die Klimaresilienz unserer Stadt gezielt gestärkt werden. Diese Maßnahmen kühlen die Stadt und werten städtische Plätze auf. Dazu zählen auch Trinkwasserbrunnen, von denen es mehr in dieser Stadt geben müsste. Das Oasis-Programm spielt dabei eine zentrale Rolle – für mehr Grün, für Entsiegelung und für den Erhalt wertvoller Bäume. Gerade in Zeiten zunehmender Hitzebelastung brauchen wir solche Investitionen dringender denn je. Einige Flächen wurden bereits begrünt und aufgewertet, andere sind bereits in Planung.

Gleichzeitig ist es essenziell, dass wir konsequent in eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung investieren. Die kommunale Wärmeplanung, die im November 2023 beschlossen wurde, ist die Grundlage für den zielgerichteten Ausbau grüner Fernwärme. Hierzu gehören die Flusswärmepumpe am Neckar, die Abwasserwärmepumpe und die Biogasanlage in Wieblingen. Der Ausbau erneuerbarer Energie, etwa durch Solarparks, Windenergieanlagen, Agri-Photovoltaik oder Photovoltaik auf allen städtischen Dächern, muss weiterhin im Fokus stehen. Der private Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern, auch im Denkmalschutz, muss leichter und schneller ermöglicht werden, das spart auch Verwaltungsaufwand.

Die Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs sind bereit, in den Klimaschutz zu investieren. Wir haben dies gesehen, als die Stadtwerke zur Beteiligung an ihrer Klimainvest-Strategie aufgerufen haben. Davon brauchen wir mehr!
Ohne Sie alle geht es nicht! Wir können und werden dies gemeinsam schaffen.

In schwierigen Zeiten zeigt sich, wie belastbar unser demokratisches Miteinander ist. Lassen Sie uns diese Chance nutzen. Für einen neuen politischen Stil, der auf Dialog, Verantwortung und Gemeinsinn baut und gemeinsam Ziele in der Zukunft setzt. Im gemeinsamen Austausch und durch gegenseitiges Zuhören muss sich ein Prozess entwickeln, der die Bürgerinnen und Bürger einbezieht und es ermöglicht, schwierige Entscheidungen gemeinsam zu treffen.

Wir werden die anderen demokratischen Fraktionen zu Haushaltsberatungen einladen. Lassen Sie uns trotz der überaus schwierigen Lage gemeinsam an einem tragfähigen und zukunftsorientierten Haushalt arbeiten. **Gemeinsam in schwierigen Zeiten – für eine soziale, nachhaltige und zukunftsfähige Stadt!**

Vielen Dank!